

BEGEGNUNG & GESPRÄCH

Nr. 159

III/2010

ÖKUMENISCHE BEITRÄGE ZU ERZIEHUNG UND UNTERRICHT



Martin-Michael Passauer

Zwei Welten – eine Kirche

Von der Schwierigkeit des

Zusammenwachsens der Kirchen in Ost und West

Anmerkungen der Redaktion

Vor 20 Jahren wurde Deutschland wiedervereinigt – ein Ereignis, an welchem v.a. die DDR-Kirchen maßgeblich beteiligt waren. Schwierigkeiten bei der Vereinigung gab es nicht nur auf politischer, sondern auch auf kirchlicher Ebene.

Der folgende Beitrag fasst im Überblick Ablauf und Vorgeschichte der Ereignisse damals zusammen, gibt einen punktuellen Einblick in das Empfinden eines betroffenen und engagierten Pfarrers und späteren Generalsuperintendenten und mündet in seine ganz persönliche Stellungnahme.

Die Redaktion von BuG hat sich entschlossen, diesen subjektiv gestalteten Beitrag seinen Lesern nicht vorzuenthalten.

Vorbemerkung

Nach dem Erlebnis der deutschen Einheit können wir alle das Wort Wunder in den Mund nehmen, ja sogar an Wunder glauben.

Von den „Schwierigkeiten“ bei der Einigung zu reden, bedeutet deshalb gleichzeitig immer auch von „Wundern“ zu reden.

Zur Geschichte

- 1987 wurde in Ost-Berlin ein Kirchentag mit der Losung: „Und ich will bei Euch wohnen“ (Offenb.21.3) abgehalten. Am Rande dieser Veranstaltung bildete sich eine kirchliche Oppositionsgruppe: „Kirche von unten“. In ihr versammelten sich viele gesellschaftskritische Gruppen, die sich bereits in den achtziger Jahren gegründet und ihr Dach bei der Kirche gefunden hatten.

- Im September 1987 fand zum ersten Mal ein öffentlicher Friedensmarsch unter führender Mitbeteiligung der Kirchen statt: der Olof-Palme-Friedensmarsch für einen atomwaffenfreien Korridor in Mitteleuropa. Mitgeführt wurden eigene

Transparente und Losungen wie das von der DDR nicht gern gesehene Symbol: „Schwerter zu Pflugscharen“.

- Im November 1987 wurden bei einer nächtlichen Hausdurchsuchung im Ostberliner Bezirk Prenzlauer Berg sieben Mitarbeiter und Freunde der Umwelt-Bibliothek der Zionsgemeinde festgenommen. Protestversammlungen und Mahnwachen waren die Folge. Die Zions- und später die Gethsemanekirche wurden dadurch zum Symbol von Widerstand und öffentlichem Protest.

- 1987 hielt Oberkirchenrat Dietrich Mendt aus Dresden einen Vortrag vor der Regionalsynode Ost zu dem biblischen Wort „Salz der Erde“. Der Tenor seines Referates: „Das rechte Maß finden“. Er beschrieb die DDR als reiches Land und ihre Kirchen als reiche Kirche, weil sie von jeder Ostmark, die sie ausgaben, 50 Pfennige aus dem Westen geschenkt bekamen. Die Entscheidung, dass Christen im Sozialismus leben und sich der Ausgestaltung von Leben in der DDR nicht entziehen wollen, beschrieb der Referent als ein Zeichen von Demut. Zum einen wollte er damit der Ausreise nicht das Wort reden. Zum anderen wollte er hervorheben, wie wichtig es sei, den lebendigen Christus allen Menschen auch mitten in einer sich atheistisch gebenden Gesellschaft zu verkündigen.

Die Kirche – das war nicht nur die Nikolaikirche in Leipzig oder die Zions-, Gethse-



mane- oder Sophienkirche in Berlin – das waren die vielen Hunderte von Gemeinden, die Einrichtungen der Diakonie, die zahlreichen Menschen, die sich tagtäglich wacker in ihren Betrieben und am Arbeitsplatz behaupteten. Sie alle mussten sich dem Eindruck entgegenstellen, Kirche wäre nur der Ort der Opposition und des widerständigen Verhaltens. Die Gratwanderung war klar: Auf der einen Seite musste die neu gebildete „Kirche von unten“ integriert und ihr innerhalb der Kirche Raum und Stimme verliehen werden. Auf der anderen Seite galt es das gesamte kirchliche Leben zu schützen und zu stärken.

- 1987 verabschiedete die Synode des Bundes aller evangelischen Kirchen in der DDR einstimmig eine Absage an den Geist und die Praxis der Abschreckung. Der Friede in Europa und das Leben im Land würden durch immer stärkere Aufrüstung und gegenseitige Abschreckung nicht sicherer.

- Zeitgleich tagte in Dresden die erste Ökumenische Versammlung für „Gerechtigkeit, Frieden und Bewahrung der Schöpfung“. Alle Christen, Gemeinden und Basisgruppen in der DDR wurden aufgefordert, zu den angesprochenen Aufgabenbereichen Stellung zu nehmen. Etwa 13.000 schriftliche Eingaben wurden nach Dresden geschickt. Am Ende standen 12 Texte zu allen wichtigen Lebensfragen in der DDR und in ganz Europa,

wie Umweltverschmutzung, Rüstung, Demokratie, Gerechtigkeit, Zusammenleben in der Gesellschaft u.a.m.

Mit diesen Texten im Hintergrund arbeiteten nun die verschiedenen Gruppen, Gemeinden und Kirchen. Nach 1989 flossen Erkenntnisse dieses konziliaren Prozesses auch in die Forderungen der Reformgruppen, wie „Neues Forum“, „Initiative Frieden und Menschenrechte“, „Demokratischer Aufbruch“, „Vereinigte Linke“ und die Arbeit der Runden Tische ein.

- Am Abend der landesweiten Kommunalwahlen im Mai 1989 versammelten sich viele Menschen in den Wahllokalen, um bei der öffentlichen Auszählung anwesend zu sein. Es stellte sich am folgenden Tag heraus, dass die Ergebnisse nach oben korrigiert worden waren. Daraus erwuchs eine Protesthaltung, die landesweit anschwellte.

- Da der Kern aller Fürbittandachten und öffentlichen Aufrufe der Kirche immer und immer die Bitte enthielt „Keine Gewalt!“, war diese zentrale Botschaft für alles weitere Geschehen im Herbst 1989 wegweisend.

So können wir festhalten, dass die Kirche der DDR durch ihr konsequentes Friedenszeugnis und durch ihr demokratisch synodales Prinzip nicht nur zur friedlichen Revolution beigetragen hat, sondern auch den dann folgenden Umbruch moderierte.



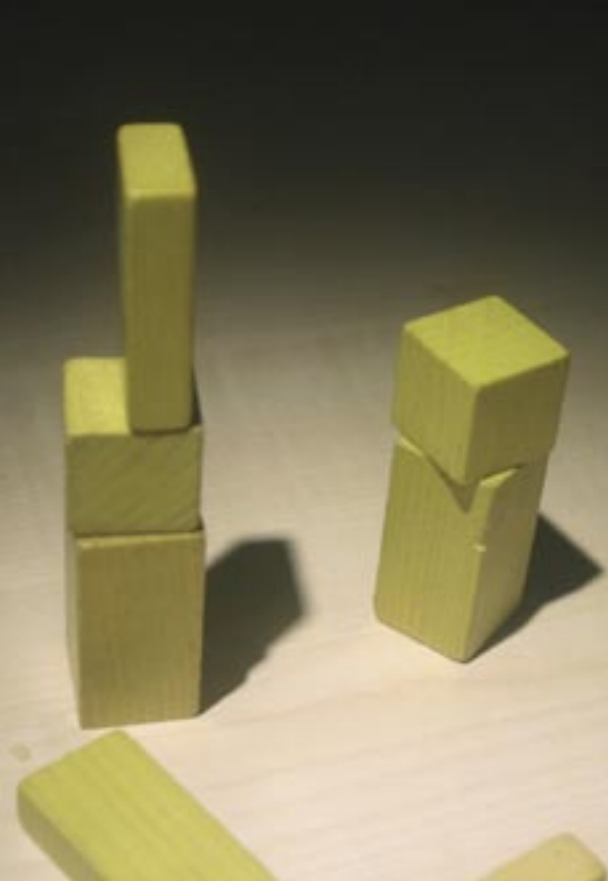
Auf dem Weg in die Deutsche Einheit

„Alles bisher Genannte war ein Teil des Gepäcks, mit dem die Kirchen in der DDR 1989 auf die West-Kirche trafen. Hinzu kam auch die Angst, aus einer Kirche von Brüdern und Schwestern in eine Kirche von Damen und Herren zu kommen.“

Für alle DDR-Bürger waren gleichsam auf Anhieb viele Dinge neu zu bewältigen.“

Stichwortartig seien einige Beispiele genannt:

- Demokratie als Alltagsgeschäft,
- Parteienvielfalt auch in der Kirche; hier z.B. Politiker als Partner und Mitgestalter,
- das geltende Gesetz als verbindliche Größe,
- die Macht der Medien,
- Kirche als eine Institution unter vielen,
- die Macht des Privateigentums, hier z.B. der Rück-



Die Kirchen – auf dem gemeinsamen Weg in eine offene und öffentliche Gesellschaft

Besonders zwei Lebensformen waren es, die nach dem Herbst 1989 im alltäglichen Leben der Kirche eine große Rolle gespielt haben: der natürliche Umgang mit demokratischen Spielregeln und die vielen Partnerschaften mit Menschen aus dem anderen Teil Deutschlands.

Die demokratischen Spielregeln

Jedes Leitungsorgan der Kirche wurde nunmehr demokratisch gestaltet. Demokratie – so war die große Erkenntnis – lebt davon, dass alle, die wollen und können, mitbeteiligt werden. Im Herbst 89 und in den Monaten danach, haben viele diese Fähigkeiten beim gesellschaftlichen Umbau eingesetzt. Durch das Vertrauen, das die Kirche genoss und durch die Fähigkeit zur Moderation, wurde sie zum gefragten Wegbegleiter. Die vielen Runden Tische, die zahlreichen Untersuchungskommissionen – später auch die Stasiüberprüfungsausschüsse – haben viel zur Kultur der Aufarbeitung und des friedlichen Zusammenlebens beigetragen. Noch weit in das Jahr 1990 hat sich der Beitrag der Kirchen zur friedlichen Revolution fortgesetzt. Viele sind mit ihrer Kompetenz in die kommunale oder große Politik gegangen; manche nur für eine kurze Zeit,

manche für ganz. Spaßhaft wurde besonders bei der ersten frei gewählten Volkskammer und bei der Regierung de Maiziere gesagt, dass sich hier die Synode der Kirchen eigentlich nur unter anderen Bedingungen wiederfindet.

Die Frage, ob der Weg vom dem Ende der DDR bis zur Einheit Deutschlands ohne Mithilfe der Christen so relativ störungsfrei gegangen wäre, muss ganz klar mit einem Nein beantwortet werden. Die DDR-Kirchen haben dazu den entscheidenden Beitrag geleistet.

Die Partnerschaften mit den Kirchen des Westens

Auch die nun beginnenden politischen Kontakte zwischen Ost und West griffen Verbindungen auf, die über all die Jahre der Teilung Deutschlands gehalten haben.

Ebenso wichtig wie die demokratischen Spielregeln waren die gelebten Paten- und Partnerschaften, die in den Wiedervereinigungsprozess eingebracht wurden. Die vielen Kontakte, guten Kommunikationssysteme, Personenkenntnisse, Gemeindepартnerschaften und persönlichen Freundschaften waren in ein gesamtkirchliches Informationsnetz eingebunden. Z.B. konnte der ehemalige Konsistorialpräsident Manfred

übertrag von Immobilien statt Entschädigung, rechtliche Klagen – auch gegen die Kirche, Einzäunungen zu Ungunsten von öffentlichen Wegen, Eigenbedarfsklagen Mietpreisentwicklungen, Begegnung mit der Erbgeneration,

- Die Freiheit des Einzelnen als Bestandteil täglichen Lebens,
- Ausländerfeindlichkeiten; rechtsextreme Äußerungen,
- Freizügigkeiten in der Mode und individuelle Lebensgestaltung,
- freie Meinungsäußerungen
 - auch über die Kirche,
- freie Marktwirtschaft mit allen Auswirkungen,
- freie Wahlen,
- die Bundeswehr als Partner,
- die Schule als Ort der Begegnung und vieles andere mehr.

Stolpe als Ministerpräsident von Brandenburg seine kirchlichen Kontakte nach Westfalen nutzen, um über den dortigen Ministerpräsidenten Johannes Rau Amtshilfe zu erbitten. Mit Sicherheit hielten durch die westdeutschen Partner auch eine Leitungsart und ein Rechtsverständnis im Osten Einzug, was nicht immer Freude hervor rief.

Als Zwischenresümee kann festgestellt werden:

Hätten sich die Kirche und die Kirchen in den Prozess der Wiedervereinigung nicht so selbstverständlich eingebracht, hätte der Einheit ein wesentlicher Bestandteil gefehlt.

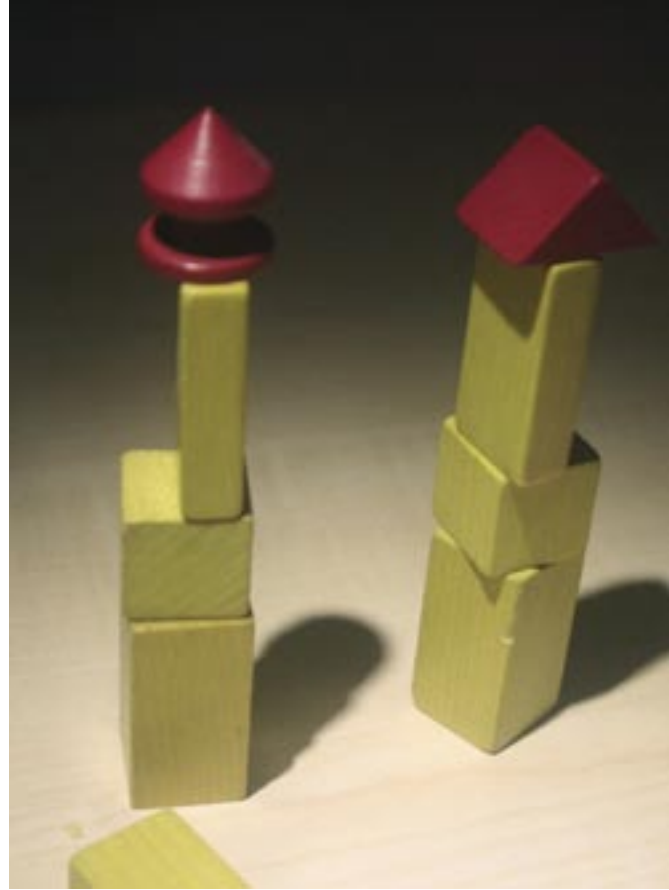
Der Schock der Stasiverdächtigungen

Die plötzlich auftauchenden Stasiverdächtigungen gegenüber vielen kirchlichen Mitarbeitern waren ein Schock und führten damit zu einer unerwarteten Debatte. Die Öffnung der Stasiakten und die zügige, freie Einsicht vor allem für West-Journalisten brachten sogenannte Enthüllungen und damit eine Sprachlosigkeit der Kirche mit sich, aus der sie sich lange nicht erholen konnte. Berechtigte und unberechtigte Vorwürfe wurden in die Öffentlichkeit gebracht. Es galt nicht – wie sonst üblich – bei ersten Verdächtigungen das Prinzip der Unschuldsvermutung. Wer öffentlich angeklagt war, musste selber den Gegenbeweis liefern.

Leider sind die Unschuldsbeweise dann fast gar nicht mehr öffentlich bekannt gemacht worden, sodass auf manchen bis heute ein Vorwurf lastet, den er nicht los wird und der tiefe Wunden hinterlassen hat.

Manche bewiesene Zuarbeit für die Staatssicherheit von kirchlichen Mitarbeitern hat sich verheerend auf die gesamte Kirche ausgewirkt, Vertrauen zerstört und die Gespräche mit der Westkirche erheblich belastet. Weil die Ankläger und Journalisten in der Regel eine westliche Sozialisation hatten, wurde innerhalb kurzer Zeit bei vielen DDR-Bürgern und Christen der Eindruck erweckt, dass hier die einen über die anderen zu Gericht sitzen.

Viele Ereignisse aus DDR-Zeiten erschienen nun nach erster Aktenlage in einem anderen Licht. Höhepunkt der öffentlichen Äußerungen war die Vermutung, dass die ganze Kirche fehlgeleitet worden sei. Freilich, jeder einzelne Fall von konspirativer Stasi-Mitarbeit in der Kirche ist immer einer zu viel. Doch die Zahl derer, die tatsächlich wegen konspirativen Verhaltens belastet wird, ist gering. Auf's Ganze gesehen liegt sie unter einem Prozent. Leider hält sich die unterschwellige Meinung noch bis heute, dass die DDR-Kirche eine große Staatsnähe gehabt habe.



Erkennbare Schwierigkeiten, die auch heute noch ihre Spuren zeigen

Die DDR Kirchen mussten sehr schnell erkennen, dass sie mit der Wiedervereinigung in eine Kirche hineingewachsen sind, die neben dem gewohnten geistlichen Leben auch andere Aufgaben wahrnimmt. Stichwortartig sei aufgeführt:

- Kirche als juristische Person

Kirche blieb jetzt nicht nur Bekenntnisgemeinschaft, sondern wurde juristische Person und konfessioneller Interessensverband. Sie tritt nunmehr als Körperschaft öffentlichen Rechtes auf und nimmt hoheitliche Aufgaben wahr. Auch für die Regierungen ist sie Verhandlungspartner. Und dies geschah gleichsam aus dem

Stand, gestaltet von Menschen, die das nötige Handwerkszeug dazu nicht gelernt hatten. Z.B. wurde der sogenannte Militärseelsorgevertrag fast zur Zerreißprobe der Kirchen zwischen Ost und West.

- **Kirche als Steuerverband**

Nunmehr fungiert Kirche als Zwangsgemeinschaft zur Erhebung der sogenannten Mitgliedsbeiträge nach eigenem Besteuerungsrecht. Der Staat ist für sie als Inkassounternehmen tätig. Katholische wie evangelische Kirchen nehmen z. B. ca. 7 Milliarden jährlich an Kirchensteuern ein. Um sie einzunehmen braucht die Kirche ein Instrumentarium, das ihr der Staat an die Hand gibt. Gleichsam über Nacht saßen kirchliche Mitarbeiterinnen in öffentlichen Einrichtungen wie den Finanzämtern, um die Kirchensteuern zu verbuchen – zu DDR-Zeiten wurden sie freiwillig eingezahlt, z.T. in den Küstereien der Gemeinden. So wurde auch die DDR-Kirche durch die Wiedervereinigung ein Steuerverband, der besonders darauf achten muss, dass der Staat seine Steuerpolitik nicht auf die Verlagerung von direkten zu indirekten Steuern orientiert. Je stärker der Staat Steuerpolitik über die Mehrwertsteuer betreibt, desto mehr gehen der Kirche die Lohn- und einkommenssteuerabhängigen Einnahmen verloren.

- **Kirche als Wirtschaftsunternehmen**

Kirche ist gewerblich tätig, als Besitzerin von Feldern, Wäldern, Seen, Weinbergen, Bauland, Brachland, Häusern, Straßen, Plätzen, Verlagen, Fabriken, Sportplätzen und vielem anderen. Damit unterliegt sie den Gesetzen eines Wirtschaftsunternehmens.

- **Kirche als diakonisches und karitatives Werk**

Als diakonisches und karitatives Werk ist Kirche auf dem Markt der Anbieter tätig. Sie ist sozialer Anbieter für alle Bereiche menschlichen Lebens, gleichsam von der Wiege bis zur Bahre: Die Tätigkeitsfelder reichen von Geburtskliniken über Jugendeinrichtungen, bis hin zu Frauenhäusern, Männererholungsheimen, Freizeitstätten, Diakoniestationen, Krankenhäusern, Senioreneinrichtungen, Hospizen. Im Land Brandenburg beispielsweise ist die Diakonie einer der größten Arbeitgeber.

Harte Lernprozesse nach der Vereinigung

In den zwanzig Jahren nach dem Herbst 89 musste gelernt werden, dass nur das Geld ausgegeben werden kann, das – in Ost wie West – durch Kirchensteuer, Kollekten, Kirchengeld, Spenden und Staatsgelder eingenommen worden ist. In den ersten Jahren nach

der Einheit sind unverhältnismäßig viele Menschen aus der Kirche ausgetreten und fanden nicht mehr – wie erhofft – zur Kirche zurück. Der Altersdurchschnitt der getauften und kirchensteuerpflichtigen Gemeindeglieder wird nunmehr immer höher, sodass die Kirchensteuereinnahmen – ähnlich wie im Westen – sinken. Die Arbeitslosigkeit und die wirtschaftliche Rezession vermindern zusätzlich die Einnahmen der Kirche. Seit 1995 gilt ein harter Sparkurs.

Die katechetische Arbeit mit den Kindern in der Gemeinde wurde zugunsten eines durch die jeweilige Landesregierung gut alimentierten Religionsunterrichts stark eingeschränkt; auch wurde der Militärseelsorgevertrag für unsere Kirche bindend gemacht.

Durch Zuzüge von Christen aus West veränderten sich die Zusammensetzungen aller Leitungsorgane in der ehemaligen DDR-Kirche. Diese Veränderungen stehen in keinem Verhältnis zu denen, die die vormalige West-Kirche nach der Einigung an sich geschehen ließ. So war der Konflikt vorprogrammiert. Das ganze äußere und auch innere Haus der DDR-Kirche musste in den letzten 20 Jahren vollständig umgebaut werden. Konzentration hieß das Stichwort, wodurch es oft zu unverständlichen Maßnahmen kam: Kirchenkreise und Gemeinden wurden zusammengelegt, Pfarrsprengel ausgeweitet, Baumittel für Sanierungen

Kleine persönliche Schlussnachlese

gekürzt und Stellen gestrichen. Zusammengelegte Arbeitsbereiche, geschlossene Ausbildungsstätten und veräußerte Gebäude warfen große Probleme auf. Gleichzeitig entstand mit dem Religionsunterricht in Schule und Berufsschule ein neuer Arbeitsbereich, in dem heute – neben der Diakonie – die meisten Mitarbeiter der Kirche arbeiten.

Die Verlegung der Hauptstadt des vereinten Deutschlands nach Berlin brachte besonders für die Berlin-Brandenburgische Kirche weitere Herausforderungen: Politik und Politiker hatten Erwartungen an die Kirche, die die DDR-Kirche bislang nicht kannte: Gottesdienste zum Beginn einer Legislaturperiode des Bundestages, Gottesdienste zu aktuellen politischen Daten, Gottesdienste, die einem Staatsakt gleichen.

Bundesbürger, die von den alten Bundesländern in Ost-Regionen wechselten, engagierten sich in den Gemeinden und übernahmen auch in den Kirchengemeinden Verantwortung. Damit entstand eine neue geistliche Erwartung, die allerdings viele Menschen im Osten zunächst mehr als Bedrohung betrachteten als ein Geschenk.

Wenn ich mich frage, wo wir in den letzten zwanzig Jahren hätten aufmerksamer sein sollen, fiel mir zuerst die Friedensfrage ein. Als der Krieg im Kosovo, in Afghanistan oder dem Irak ausbrach, haben wir so getan, als müssten wir über den Einsatz von Gewalt neu diskutieren. Vor zwei Jahren hat die EKD eine neue Friedensdenkschrift veröffentlicht, die in der Kirche so gut wie unbekannt geblieben ist.

Ein weiterer Punkt ist der Beruf des Mitarbeiters in der Kirche. Zu DDR-Zeiten wurde die Mitarbeit in der Kirche oder der Diakonie gerne als Berufung, als Leidenschaft, als Dienst für Christus angesehen. Heute ist der Mitarbeiter durch Tarifverträge und Gewerkschaften gut abgesichert, aber es fehlt immer mehr an der inneren Berufung. Der größere Prozentsatz der Mitarbeitenden einer diakonischen Einrichtung gehört nicht mehr einer Kirche an. Und über das Diakonische in einer Einrichtung wird heftig gestritten.

In unseren Gemeinden ist der Bekenntnischarakter des Glaubens in den Hintergrund getreten. Manche Kirchengemeinden haben fast Vereinscharakter, wo sich die Beteiligten kennen, Freizeitangebote vorherrschen und die Kirchenmusik oft den aktivsten Teil der Gemeinde ausmacht.



Die Chance des Christseins in der DDR war ihr Bekenntnischarakter. Wer dazugehörte, musste es wissentlich und willentlich tun. Bei vielen Veranstaltungen mussten wir auskunftsfähig sein über unsere Inhalte, und Jugendliche mussten für den Weg durch den Schulalltag mit guten Argumenten ausgestattet sein.

Eine offene Wunde bleibt für manche aus der DDR ausge-reiste Pfarrer und Mitarbeiter, weil sie damals von der West-Kirche nicht gut behandelt worden waren. Für einen Zeitraum von 2-5 Jahren wurden in den Westen ausgereiste Pfarrer die Rechte aus der Ordination aberkannt. Deshalb konnten sie sich auch in Westdeutschland um keine Pfarrstelle bewerben. Ihre Kritik heißt – auch noch

heute: Wer von Deutschland nach Deutschland übersiedelt, darf dafür nicht bestraft werden, schon gar nicht von seiner Kirche. Hier gibt es auch jetzt noch erheblichen Gesprächsbedarf.

Gesprächsprozesse zu den offenen Fragen lassen sich natürlich nicht organisieren. Ich hoffe aber, dass es uns auch weiter gelingen wird, manche Verletzungen noch einmal anzusprechen. Oft habe ich mich gefragt, ob wir das Unverwechselbare unseres DDR-Christseins deutlich genug eingebracht und gelebt haben.

Voller Staunen lese ich jedenfalls immer wieder, wie aktuell und zeitnah viele der 12 Texte der Ökumenischen Versammlungen auch heute noch sind.

Das gute Verhältnis zu unseren katholischen Geschwistern hat sich nicht nur in der Zusammenarbeit bei der Ökumenischen Versammlung, dem Moderieren

an dem zentralen Runden Tisch und anderen Veranstaltungen bewiesen. Immer war es geprägt von einer gegenseitigen Achtung vor dem Weg des jeweils anderen. Waren wir als Protestanten vor 1989 mehr auf die Straße als Ort öffentlicher Meinungsäußerung orientiert, lehrten uns unsere katholischen Schwestern und Brüder die Bedeutung des Rituals in der Kirche schätzen. Waren wir als Protestanten in entscheidenden Augenblicken nur auf die Zustimmung unserer jeweiligen Gemeindeleitungen angewiesen, erfuhren unsere katholischen Partner die besondere Zusammengehörigkeit ihrer Kirche in der alleinigen Deutung – und Genehmigungshoheit des bischöflichen Ordinariats. So haben uns die unterschiedlichen Formen und Strukturen gemeinsam stark gemacht.

Wenn ich das Leben unserer

Kirche mit dem Blick von vor zwanzig Jahren sehe, überwiegt für mich vor allem der Dank für das Wunder der Einheit unseres Volkes und des Zusammenwachsens der Kirchen von Ost und West. So bin ich froh über das Geschenk der Einheit und der Kirche, in der ich gerne gelebt habe und auch heute noch gerne lebe.

Viele Menschen aus anderen Ländern sehen voller Staunen auf all das, was uns gelingen durfte. Auf keinen Fall sollten wir dieses Staunen und Danken verlernen.

Martin-Michael Passauer war als Pfarrer der Sophiengemeinde in Berlin Mitte zugleich persönlicher Referent von Bischof Gottfried Forck. Als Stadtjugendpfarrer von Berlin beteiligte er sich aktiv an der kirchlichen Friedensbewegung in der DDR. Später wurde er zum Generalsuperintendenten des Sprengels Berlin gewählt und war maßgeblich in die Verhandlungen zur Vereinigung der evangelischen Ost- mit den Westkirchen eingebunden. 1989 wurde er Mitglied der Kommission zur Untersuchung der Stasi-Übergriffe auf die Demonstranten vor der Berliner Gethsemanekirche vom 7. bis 9. Oktober 1989.

Hinweis:

Die Texte der ersten Ökumenischen Versammlung für Gerechtigkeit, Frieden und Bewahrung der Schöpfung finden sich im Internet unter:

<http://oikoumene.net/home/regional/dresden/dmd.1/index.html>

Fotoserie: »Blockdenken«, Christoph Ranzinger

